

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Marianne Engeser CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Pflegehelferinnen und Pflegehelfer und wie viele Pflegekräfte mit Staatsexamen in allen Pflegebereichen werden derzeit im Wahlkreis 42 in Pflege- oder Rehabilitationseinrichtungen, bei ambulanten Diensten oder in Krankenhäusern beschäftigt und wie hat sich die Zahl über die vergangenen zehn Jahre entwickelt?
2. Wie haben sich die Zahlen der pflegebedürftigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger in allen Leistungsbereichen im Wahlkreis 42 in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
3. Wie wird sich der Bedarf an Pflegekräften in den in Frage 1 aufgeführten Einrichtungen in den kommenden fünf, zehn bzw. 15 Jahren entwickeln?
4. Wie schätzt sie die speziellen Herausforderungen ein, die auf Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum zukommen, insbesondere in den kleineren Gemeinden des Wahlkreises 42?
5. Wie viele private respektive öffentliche Träger unterhalten wie viele Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Wahlkreis 42?

12. 05. 2015

Dr. Engeser CDU

Begründung

Nicht zuletzt der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren einen steigenden Bedarf an Pflegediensten und Pflegeplätzen auslösen. Dafür gilt es bereits heute die Weichen zu stellen, um den Herausforderungen aktiv entgegen zu treten. Die Fachkräftesicherung ist insbesondere im Bereich der Pflege von enormer Bedeutung. Die Kleine Anfrage soll hierfür Zahlen und Daten hervorbringen.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 17. Juli 2015 Nr. 33-0141.5/15/6891 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Der Wahlkreis 42 besteht aus dem Stadtkreis Pforzheim sowie den Gemeinden Birkenfeld, Engelsbrand, Ispringen und Kieselbronn aus dem Enzkreis. Hierzu hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg auf Anfrage mitgeteilt, dass aus der Pflegestatistik Daten grundsätzlich nur auf Kreisebene vorliegen. Eine Auswertung der Daten für einzelne Gemeinden oder Teile eines Landkreises ist nicht möglich. Geliefert werden könnten zu dieser Kleinen Anfrage Daten für den Stadtkreis Pforzheim und den Enzkreis. Im Folgenden werden die Daten der beiden Kreise getrennt voneinander dargestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. *Wie viele Pflegehelferinnen und Pflegehelfer und wie viele Pflegekräfte mit Staatsexamen in allen Pflegebereichen werden derzeit im Wahlkreis 42 in Pflege- oder Rehabilitationseinrichtungen, bei ambulanten Diensten oder in Krankenhäusern beschäftigt und wie hat sich die Zahl über die vergangenen zehn Jahre entwickelt?*

Tabelle 1: Beschäftigte Pflegehelferinnen und Pflegehelfer und Pflegefachkräfte in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Pforzheim

	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in	255	268	347	387	408	434
Staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/in	34	50	54	22	38	65
Gesundheits- und Krankenpfleger/in, Krankenpflegehelfer/in	174	172	186	198	191	173
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in	5	6	19	6	7	11

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stichtag: 15.12.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Tabelle 2: Beschäftigte Pflegehelferinnen und Pflegehelfer und Pflegefachkräfte in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im Enzkreis

	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in	304	334	400	420	449	511
Staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/in	45	52q	25	51	33	55
Gesundheits- und Krankenpfleger/in, Krankenpflegehelfer/in	346	387	367	430	427	474
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in	17	15	24	21	22	22

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stichtag: 15.12.

2. *Wie haben sich die Zahlen der pflegebedürftigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger in allen Leistungsbereichen im Wahlkreis 42 in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?*

Tabelle 3: Zahl der pflegebedürftigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Stadtkreis Pforzheim

	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Pflegebedürftige	3.566	3.729	3.704	3.982	4.307	4.585
davon:						
Stationär versorgt	1.239	1.178	1.279	1.419	1.529	1.528
Ambulant versorgt	526	713	666	763	763	782
Pflegegeldempfänger	1.801	1.838	1.759	1.800	2.015	2.275

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stichtag: 15.12.

Tabelle 4: Zahl der pflegebedürftigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Enzkreis

	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Pflegebedürftige	5.078	4.931	5.216	5.132	5.612	6.303
davon:						
Stationär versorgt	1.447	1.442	1.597	1.505	1.547	1.623
Ambulant versorgt	1.188	1.140	1.215	1.292	1.405	1.712
Pflegegeldempfänger	2.443	2.349	2.404	2.335	2.660	2.968

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stichtag: 15.12.

3. *Wie wird sich der Bedarf an Pflegekräften in den in Frage 1 aufgeführten Einrichtungen in den kommenden fünf, zehn bzw. 15 Jahren entwickeln?*

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg führt Vorausrechnungen zur Bedarfsentwicklung lediglich auf Landesebene durch. Die aktuellste Vorausrechnung hierzu bezieht sich allerdings noch auf die Daten der Pflegestatistik 2011. Ausgehend von der Zahl der hochgerechneten Pflegebedürftigen, die von ambulanten und stationären Einrichtungen versorgt werden, und der Annahme, dass sich das Verhältnis von Pflegebedürftigen zu Pflegepersonen bis 2030 nicht wesentlich ändert, würde sich bis 2030 der Bedarf an Pflegekräften und sonstigem Pflegepersonal um 45 % erhöhen. Unsicher an dieser Berechnung ist allerdings die Entwicklung der Zahl der Pflegegeldempfänger, also der Menschen, die zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden. Bedingt durch die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen dürfte das häusliche Pflegepotenzial weiter abnehmen. Dadurch wird die professionelle Pflege stärker zunehmen und damit auch der hierfür notwendige Personalbedarf.

Nach Angaben der Stadt Pforzheim leben in Pforzheim bereits sehr viele hochaltrige Menschen. Einer Bevölkerungsprognose zufolge ist mit einem moderaten Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe zu rechnen. Aber auch dieser geringere Anstieg erfordert weitere Fachkräfte, Helferinnen und Helfer. Neben der Zahl der Seniorinnen und Senioren spielt auch der Rückgang der Zahl der Angehörigen eine Rolle, wodurch für die häusliche Pflege weniger Menschen zur Verfügung stehen. Auch die Zahl der jungen Menschen oder Umschulenden, die eine Ausbildung zur Pflegekraft beginnen, ist rückläufig.

Der Enzkreis hat hierzu keine Stellungnahme abgegeben.

4. Wie schätzt sie die speziellen Herausforderungen ein, die auf Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum zukommen, insbesondere in den kleineren Gemeinden des Wahlkreises 42?

Für den ländlichen Raum kann die Stadt Pforzheim keine Aussagen treffen. Aus Sicht des Enzkreises werden Pflege und Versorgungs-Prozesse aufwändiger, da für die pflegebedürftigen Menschen immer häufiger keine Angehörigen vorhanden sind, die bestimmte Aufgaben übernehmen können. Dies ist bereits in den Beratungsstellen für Hilfen im Alter, im Demenzberatungszentrum und im Pflegestützpunkt deutlich zu spüren. Beratungssituationen werden immer komplexer und in vielen Fällen ist außer den Pflegebedürftigen selbst keine Ansprechperson vor Ort, sodass die Beraterinnen und Berater ein zeitaufwändiges Case Management durchführen müssen.

Die Zunahme an Demenzerkrankungen stellt sowohl ambulante als auch stationäre Einrichtungen vor große Herausforderungen. Im ambulanten wie im stationären Bereich steigen die Kosten bei zunehmendem Betreuungsbedarf ebenso wie die Belastungen für das Personal.

Insbesondere in kleineren Gemeinden ist die Einrichtung einer stationären Einrichtung häufig nicht finanzierbar, da die Mindestplatzzahl für die Rentabilität unterschritten würde. Hier könnten ambulant betreute Wohngemeinschaften, wie sie mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz nun möglich sind, ein Baustein für alternative Versorgungsmöglichkeiten sein.

Über die Versorgung bei Pflegebedürftigkeit hinaus ist ein zentrales Thema die Wohnsituation im Alter. In den Enzkreisgemeinden wohnen sehr viele Menschen in Wohneigentum, häufig freistehende Einzel-, Zwei- oder Dreifamilienhäuser. Teilweise ist der Wohnbestand alt und nur in sehr wenigen Fällen barrierearm bzw. barrierefrei gestaltet. Eine große Herausforderung wird hier die Beratung und der Abbau von Barrieren sein. Der Enzkreis hat dieses Thema bereits aufgegriffen und ein neues Konzept zum Ausbau der Wohnberatung entwickelt. Um das Angebot möglichst niederschwellig zu halten, sollen am Ende der Ausbauphase in jeder Enzkreisgemeinde Beraterinnen und Berater zur Verfügung stehen.

Zusätzlich besteht ein großer und zunehmender Bedarf an kleinen, bezahlbaren, barrierefreien Wohnungen. Die Baubranche hat sich in den vergangenen 15 Jahren auf den Bau von Eigentumswohnungen konzentriert. Der Enzkreis hatte Anfang der 90er-Jahre ein Förderprogramm für den Bau von betreuten Seniorenwohnungen aufgestellt, durch das im Kreis insgesamt rund 300 Wohnungen entstanden sind.

Von Trägern oder im Idealfall von den Gemeinden initiierte und getragene Soziale Netzwerke, z. B. Mehrgenerationenhaus Mühlacker oder Soziales Netz Mönshaus, sind weitere wichtige Bausteine, die zur Sicherstellung der häuslichen Pflege und Versorgung beitragen können. Sie sollten unbedingt weiter auf- und ausgebaut werden, da der Bedarf an Unterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen wie Kleinreparaturen, Gartenpflege, Einkäufe oder Mahlzeitendienste steigt.

Gerade in kleineren Gemeinden herrscht häufig ein reges Vereinsleben, in dem sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Die Gewinnung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer durch Träger von Pflegeeinrichtungen und Diensten wird dadurch erschwert, obwohl sie gerade in diesem Bereich dringend benötigt werden. Neue Ideen und Konzepte sind notwendig, sowie ggf. Kooperationen mit Vereinen und Organisationen, um Synergieeffekte erzielen zu können.

Die zentrale Herausforderung gerade im ländlichen Bereich wird die Sicherstellung der Häuslichen Pflege sein. Hierzu sind vernetzte Angebotsstrukturen notwendig. Dazu zählen z.B. ehrenamtlich getragene niedrigschwellige Unterstützungsangebote, ambulante Pflege- und Entlastungsdienste, Tagespflegeangebote oder ambulant betreute gemeinschaftliche Wohnformen. Notwendig werden aber auch die Verknüpfung professioneller und ehrenamtlich getragener Hilfen und eine sozialraumorientierte, vom Gemeinwesen getragene Politik.

Insbesondere in der ambulanten Versorgung stellen Multimorbidität und Demenz der Menschen mit Pflegebedarf die Angehörigen, Betreuerinnen und Betreuer, die Pflegedienste sowie das gesamte sonstige Umfeld vor große Herausforderungen. Die frühzeitige Entlassung aus dem Krankenhaus nach einem stationären Aufenthalt stellt in nicht wenigen Fällen für pflegebedürftige Menschen ein Problem dar.

Angeichts des demografischen Wandels und der sich zunehmend verändernden Familienstrukturen, wird das sog. „familiäre Pflegepotential“ zukünftig auch im ländlichen Raum abnehmen. Dem kann mit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege entgegengewirkt werden. Insofern sind Prozesse des Umdenkens und des Neugestaltens von den Arbeitgebern nicht nur anzustoßen, sondern auch umzusetzen.

Im Gemeinwesen spielen u. a. die Bürgerinnen und Bürger, die Kirchen, die sozialen Einrichtungen und Dienste sowie weitere gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure eine wichtige Rolle. Neben den essentiellen finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind die Bewahrung und Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts im ländlichen Raum ein „zentraler Schlüssel“, um den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Stationäre Einrichtungen müssen Teil der Quartiersarbeit werden und sich den Angeboten in den Gemeinden öffnen.

Menschen mit Migrationshintergrund werden voraussichtlich die Dienste und Einrichtungen in den nächsten 10 bis 15 Jahren verstärkt nutzen. Der Zeitpunkt wird dann erreicht sein, wenn das familiäre Pflegesetting nicht mehr ausreicht, das bei Menschen mit Migrationshintergrund heute offensichtlich noch relativ stabil ist. Die Vorbereitung auf eine kultursensible Pflege muss dennoch heute schon beginnen. Pflegedienste und Einrichtungen haben bereits heute einen hohen Anteil von Pflegekräften mit Migrationshintergrund, deren dauerhafte Integration sie anstreben.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum, neben der pflegerischen Versorgung, ist ein wichtiger Aspekt, auch weil ein Anstieg bei chronischen Erkrankungen zu verzeichnen ist. Dazu ist es auch erforderlich, die Erreichbarkeit von Arztpraxen oder Kliniken, vor allem durch den Öffentlichen Personennahverkehr, für die älteren und/oder kranken Menschen in der Bevölkerung sicher zu stellen.

Die Fachkräftesicherung im Bereich der Pflege ist ein wichtiger Faktor im Bereich der Sicherstellung eines ausreichenden Pflegeangebots, weshalb die Stadt Pforzheim gemeinsam mit dem Enzkreis bereits seit vielen Jahren aktiv für Pflege nachwuchs wirbt.

Das Problem schwindender Fachkräftezahlen in der Alten- und Krankenpflege ist bekannt. Anfang 2000 wurde die Wanderausstellung „take care mobil“ ins Leben gerufen, die an Schulen, bei Ausbildungsbörsen und bei Tagen der offenen Tür in Pflegeeinrichtungen für Pflegeberufe wirbt. Finanziert wurden ein hierzu gedrehter Film, die Fotos, das technische Equipment und Transportmittel von allen Pflegeeinrichtungen in Stadt und Enzkreis. Die Ausarbeitung des Konzeptes und die Umsetzung wurden durch die Sozialplaner des Enzkreises und der Stadt Pforzheim durchgeführt bzw. koordiniert. Die Ausstellung ist weiterhin im Einsatz, ständig ergänzt durch die Aktualisierung des Begleitmaterials.

5. Wie viele private respektive öffentliche Träger unterhalten wie viele Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Wahlkreis 42?

Im gesamten Wahlkreis 42 existieren nach Aussage der Stadt Pforzheim 26 Pflegedienste, 10 Tagespflegestätten, 20 Pflegeheime und zwei Kliniken. Eine Diffe-

renzierung nach Trägerschaft wurde nicht durchgeführt. Aus den Unterlagen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg mit Stichtag 15. Dezember 2013 ergibt sich, dass sich von 18 Pflegeheimen 11 in privater und sieben in freigemeinnütziger Trägerschaft befanden. Von den insgesamt 17 ambulanten Pflegeeinrichtungen befanden sich ebenfalls 11 in privater und sechs in freigemeinnütziger Trägerschaft.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren